



**LANDES
JUGEND
KONGRESS**

Forderungen

Wiesbaden,

4. bis 6. November 2024

Einleitung

Von 4. bis 6. November 2024 fand im Hessischen Landtag der zweite HOP! Landesjugendkongress statt: ein offenes, landesweites Format der Jugendbeteiligung.

Die jungen Teilnehmenden im Alter von 14 bis 25 Jahren brachten ihre eigenen Themen ein und tauschten sich in 9 Themensessions intensiv über ihre Interessen, Bedürfnisse und Wünsche aus. Sie erörterten binnen drei Arbeitsphasen gemeinsam Lösungen für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen in Hessen und formulierten politische Forderungen, über die sie danach gemeinsam abstimmten. Im Ergebnis entstanden 23 Forderungen, die die Zustimmung der Mehrheit der Teilnehmenden erhalten haben. Abschließend diskutierten die jungen Menschen über ihre Forderungen mit Abgeordneten des Hessischen Landtages.

Folgende neun Themen wurden in Sessions diskutiert:

- ▶ Rechtsruck
- ▶ (Mentale) Gesundheit
- ▶ Jugendbeteiligung
- ▶ Bildung und Schule
- ▶ Migration und Integration
- ▶ Mobilität
- ▶ Soziale Gerechtigkeit
- ▶ Geschlecht und Recht
- ▶ Klima

Der HOP! Landesjugendkongress ist ein Projekt des Hessischen Jugendrings in Kooperation mit dem Hessischen Landtag und dem Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales.

Wie sind die Forderungen entstanden?

In einem ersten Schritt konnten alle Teilnehmenden mündlich und digital ihre Themenwünsche einbringen. Diese wurden in neun thematische Session-Gruppen geclustert, auf die sich die Teilnehmenden im Anschluss aufteilten

In den Themensessions brachten die Teilnehmenden, teilweise in Kleingruppen, ihre Perspektiven, Meinungen und Ideen zum jeweiligen Thema ein, erörterten gemeinsam politische Lösungsansätze und formulierten abschließend Forderungen.

Die Themensessions umfassten jeweils drei Arbeitsphasen über insgesamt ca. fünf Stunden und fanden am Montagnachmittag und am Dienstagvormittag statt.

Am Dienstagnachmittag wurden alle erarbeiteten Forderungen – dokumentiert auf Flipcharts – auf Pinnwänden ausgestellt. In dieser Session Gallery konnten die Teilnehmenden nun sehen, was die jeweils anderen Gruppen diskutiert und an Forderungen aufgestellt haben.

Es gab anderthalb Stunden Raum für Nachfragen, Erläuterungen, aber auch konstruktives Feedback und Kritik zu den Forderungen der jeweils anderen Session-Gruppen. Im Anschluss an den Session Gallery Walk hatten die Session-Gruppen jeweils nochmals Gelegenheit, ihre Forderungen zu überarbeiten.

Daran anschließend wurden alle Forderungen in einem gemeinsamen Plenum noch einmal kurz vorgetragen (im Rahmen von Pitches) und zur Abstimmung gestellt. Die Abstimmung brachte 23 mehrheitlich befürwortete Forderungen hervor.

Die Forderungen des HOP! Landesjugendkongresses

Forderungen aus der Session-Gruppe „Rechtsruck“

- ▶ Wir fordern eine Verankerung von Aufklärung in Bildungsinstitutionen über die Auslöser des Rechtsrucks.
- ▶ Wir fordern, dass ein verpflichtendes Seminar für alle Schüler_innen des Landes Hessen zur Mediennutzung in allen Bildungseinrichtungen eingeführt wird. Das Land Hessen stellt finanzielle Mittel und Ressourcen zur Verfügung.
- ▶ Wir fordern, dass politisch Interessierte und Engagierte neutral die aktive hessische Politik sowie Parteiprogramme vereinfacht und mehrperspektivisch vermitteln.

Forderungen aus der Session-Gruppe „(Mentale) Gesundheit“

- ▶ Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Schaden durch vermehrte Smartphone-Nutzung und damit einhergehend eine deutlich stärkere Regulierung und Aufklärungsarbeit zu dem Zugriff durch Kinder und Jugendliche auf Social-Media-Apps.
- ▶ Wir fordern eine bessere Organisation der Kassensitze und mehr Aufklärungsarbeit zum Thema mentale Gesundheit.
- ▶ Wir fordern eine Konkretisierung der Ausdrucksweise der Hitzeferienregelung an den hessischen Schulen, die aus dem Hitzeferienlass von 2021 eine festgelegte Regelung macht und es dadurch kein Spektrum möglicher Maßnahmen mehr gibt.

Forderungen aus der Session-Gruppe „Jugendbeteiligung“

- ▶ Wir fordern, dass der Landtag Gesetze verabschiedet, die dafür sorgen, dass in jeder Kommune jugendpolitische Gremien gegründet werden, welche alle in gleichem Maße Förderung erhalten. Diese Gremien sollen ein selbstverwaltetes Budget zur Verfügung gestellt bekommen und ein Antrags-/Rederecht in Erwachsenen-Gremien auf vergleichbarer Ebene haben. Zur Unterstützung der Gremien fordern wir finanzielle Verstärkung der bestehenden Beratungsstellen.
- ▶ Wir fordern eine digitale Plattform, die Jugendlichen die Möglichkeit der politischen Meinungsäußerung erleichtert, indem Interaktionen zwischen Jugendlichen und Politikern, sowie jugendpolitischen Gremien ermöglicht werden. Dies soll im Rahmen von regelmäßigen Meinungsumfragen, Diskussionsforen, Wahlen von Jugendparlamenten und Informationskanälen

realisiert werden, um Ideen/Kritik/Meinungen besser in politische Prozesse einzubeziehen.

- ▶ Wir fordern eine Reform der politischen Bildung junger Menschen, einerseits durch eine Neugestaltung des Schulunterrichts (PoWi, GL etc.) hinsichtlich seines Umfangs sowie eine Fokussierung auf Aktualität und Zukunftsperspektiven; andererseits durch Demokratiebildung, welche in Form von Projekten und Workshops über den Schulunterricht hinausgehen muss, um einen chancengleichen Grundstein für außerschulische politische Partizipation zu legen.

Forderungen aus der Session-Gruppe „Bildung und Schule“

- ▶ Wir fordern berufs- und alltagsnahes Lernen an allen hessischen Schulen.
- ▶ Wir fordern eine fortgeschrittene und einheitliche Schulausstattung, damit Schüler reguliert und digital lernen können.

Forderung aus der Session-Gruppe „Migration und Integration“

- ▶ Wir fordern vom Land Hessen qualifizierte Bildungsangebote, wie Sprachkurse, bei denen auch regionale Kultur und Demokratie kennengelernt werden, sowie ein Curriculum welches über die Persönlichkeitsrechte und Anlaufstellen aufklärt.

Forderungen aus der Session-Gruppe „Mobilität“

- ▶ Wir fordern ein kostenloses Hessenticket für alle, die eine Schule besuchen. Demnach auch die Abschaffung der 3-km-Regel.
- ▶ Wir fordern einen attraktiven SPNV durch Verlässlichkeit sowie dichtere Taktung auf Hauptverkehrsachsen des hessischen Schienennetzes. Außerdem fordern wir ab sofort die Umsetzung des Projektes "Jedes Dorf, jede Stunde" in ganz Hessen bis 2035.
- ▶ Wir fordern die Initiative „Städte made in Hessen“, um hessische Städte zu innovativen Vorreitern zu machen. Wir fordern 50% der Verkehrswege mit Radwegen auszustatten mit physischer Abtrennung. Zukunftsfähige Entscheidungen sollen in einer Kommission aus Wirtschaft, Verbänden, Stadtvertretern und Politik samt Fördertopf beraten werden.

Forderungen aus der Session-Gruppe „Soziale Gerechtigkeit“

- ▶ Wir fordern flächendeckend Wohnheime für Auszubildende und einen größeren Ausbau von Studierendenwohnheimen. Die Mieten in diesen Wohnheimen müssen von Ausbildungsgehältern, Minijobs und Bafög bezahlbar sein.
- ▶ Wir fordern mehr Zugang und Ausbau von außerschulischen Bildungsangeboten und öffentlichen Räumen. Insbesondere soll allen jungen Menschen – auch im ländlichen Raum – die Möglichkeit gegeben werden, kulturelle Angebote (Theater, Museen,...) kostenfrei wahrzunehmen. Es sollen öffentliche Räume zum Lernen und für Freizeitgestaltung geschaffen und über eine weitreichende Angebotsvermittlung verbreitet werden.

Forderungen aus der Session-Gruppe „Geschlecht und Recht“

- ▶ Wir fordern mehr Sichtbarkeit für queere Menschen, finanzielle Unterstützung für Aufklärungsarbeit und zusätzliche Anlaufstellen. Zudem fordern wir eine Abschaffung des Genderverbots an hessischen Bildungseinrichtungen.
- ▶ Menstruierende Personen sind gesellschaftlich benachteiligt. Wir fordern Finanzierung und Aufklärung von und über Menstruationsartikel, Verhütungsmittel und Abtreibungen.
- ▶ Wir fordern Schutz und Prävention vor (sexueller) Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen durch mehr Aufmerksamkeit für Frauenhäuser und Hotline, sowie regelmäßige Aufklärung an Schulen und die Sensibilisierung der Polizei.

Forderungen aus der Session-Gruppe „Klima“

- ▶ Im aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskurs ist der Klimawandel kaum existent. Daher wünschen wir uns ein erweitertes Bewusstsein in der Bevölkerung und Politik, um den Klimaschutz voranzutreiben. Das Land Hessen muss die Aufklärung der Gesellschaft hinsichtlich des Klimawandels und gleichzeitig die Art und Weise der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ändern, sodass der Klimaschutz als gesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird, z.B. Bildungsangebote an Schulen. Denn nur eine fürs Klima sensibilisierte Gesellschaft kann die Ausmaße des Klimawandels erkennen, begreifen und gemeinschaftlich dagegen vorgehen.
- ▶ Der Klimawandel ist unumkehrbar. Es gilt, uns anzupassen und dabei präventiv zu handeln. Dafür sind landesübergreifende Kooperationen notwendig. Wir fordern effektiven Katastrophenschutz in Hessen und die Erweiterung von existierenden Maßnahmen wie Retentionsflächen und die Renaturierung von Flussbetten. Hierbei darf nicht ausschließlich retrospektiv gehandelt werden.

Es müssen stattdessen präventive Maßnahmen ergriffen werden bspw. durch mehr Naturschutz.

- ▶ Städte stellen derzeit eine erhebliche Umweltbelastung dar und sind auf die Folgen des Klimawandels unzureichend vorbereitet. Deshalb fordern wir eine Wende hinzu einheitlichen Vorgaben wie lebenswerten, nachhaltig ausgebauten und klimaresilienten Städten von der Landesregierung.